

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 24. März 1982
am Donnerstag, dem 25. März 1982

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Bergerowski (FDP)	13, 14	Dr. Hupka (CDU/CSU)	11, 120
Frau Blunck (SPD)	96, 97	Jagoda (CDU/CSU)	4, 44
Böhm (Melsungen) (CDU/CSU)	111, 112	Dr. Jahn (Münster) (CDU/CSU)	55, 56
Bohl (CDU/CSU)	34, 35	Dr. Jentsch (Wiesbaden) (CDU/CSU)	12
Dr. Bugl (CDU/CSU)	129, 130	Dr. Jobst (CDU/CSU)	17, 18
Clemens (CDU/CSU)	51, 52	Kirschner (SPD)	42, 43
Coppik (fraktionslos)	84, 85	Kolb (CDU/CSU)	24, 49
Dr. Czaja (CDU/CSU)	71, 72	Dr. Kübler (SPD)	92, 93
Daweke (CDU/CSU)	135	Dr. Kunz (Weiden) (CDU/CSU)	102, 113
Dolata (CDU/CSU)	107, 108	Lambinus (SPD)	63
Echternach (CDU/CSU)	126, 127	Dr. Laufs (CDU/CSU)	19, 20
Eigen (CDU/CSU)	69, 70	Lennartz (SPD)	86, 87
Dr. Falthäuser (CDU/CSU)	89	Lenzer (CDU/CSU)	27, 28
Feile (SPD)	76, 77	Linsmeier (CDU/CSU)	10, 23
Fellner (CDU/CSU)	36, 37	Marschall (SPD)	94, 95
Fiebig (SPD)	100, 101	Frau Dr. Martiny-Glotz (SPD)	90, 91
Dr. Friedmann (CDU/CSU)	9, 29	Milz (CDU/CSU)	59, 119
Gärtner (FDP)	123, 124	Dr. Möller (CDU/CSU)	3
Frau Geiger (CDU/CSU)	30, 31	Nelle (CDU/CSU)	117, 118
Gerster (Mainz) (CDU/CSU)	73	Neumann (Bramsche) (SPD)	25, 26
Frau Dr. Hartenstein (SPD)	1, 2	Oostergetelo (SPD)	40, 41
Dr. Hennig (CDU/CSU)	8, 128	Peter (Kassel) (SPD)	82, 83
Herberholz (SPD)	103, 104	Pfeifer (CDU/CSU)	132
Dr. Hirsch (FDP)	121, 122	Purps (SPD)	88, 109
Hitzgrath (SPD)	45, 46	Rapp (Göppingen) (SPD)	60, 61
Hölscher (FDP)	125	Rayer (SPD)	50, 68
Dr. Hornhues (CDU/CSU)	7	Rossmannith (CDU/CSU)	133
Horstmeier (CDU/CSU)	79, 80	Dr. Rumpf (FDP)	64, 65

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Schirmer (SPD)	136, 137	Dr. Struck (SPD)	15, 16
Schmitt (Wiesbaden) (SPD)	62, 74	Dr. Voss (CDU/CSU)	38, 39
Freiherr von Schorlemer (CDU/CSU)	6, 75	Graf von Waldburg-Zeil (CDU/CSU)	134
Dr. Schroeder (Freiburg) (CDU/CSU)	32, 33	Walther (SPD)	21, 22
Schröder (Wilhelminenhof) (CDU/CSU)	114	Dr. von Wartenberg (CDU/CSU)	57, 58
Dr. Schulte (Schwäbisch Gmünd) (CDU/CSU)	115, 116	Weirich (CDU/CSU)	66, 67
Seiters (CDU/CSU)	5	Weisskirchen (Wiesloch) (SPD)	138, 139
Sielaff (SPD)	78, 110	Frau Weyel (SPD)	140
Dr. Sprung (CDU/CSU)	47, 48	Frau Dr. Wilms (CDU/CSU)	131
Graf Stauffenberg (CDU/CSU)	53, 54	Würtz (SPD)	81
Stiegler (SPD)	105, 106	Frau Zutt (SPD)	98, 99

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	4
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . .	5
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	5
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	5
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	7
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	13
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	13
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	14
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	16
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen	18
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	19
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	20

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

1. Abgeordnete
Frau
Dr. Hartenstein
(SPD) Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem vom Europäischen Parlament am 12. März 1982 gefaßten Beschluß, die Einfuhr von Jungrobberfellen in die Mitgliedsländer der EG zu verbieten?
2. Abgeordnete
Frau
Dr. Hartenstein
(SPD) Welche Veränderungen wird die seit mehr als zwei Jahren angekündigte Import- und Exportverordnung im Hinblick auf den Import von Jungrobberfellen in die Bundesrepublik Deutschland enthalten?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau**

3. Abgeordneter
Dr. Möller
(CDU/CSU) Wie hoch sind die Rückflüsse aus den Wohnungsfürsorgemitteln des Bundes auf Grund der Beschlüsse zum 2. Haushaltsstrukturgesetz, und wie ist sichergestellt, daß diese Mittel zusätzlich für den Wohnungsbau verwendet werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
innerdeutsche Beziehungen**

4. Abgeordneter
Jagoda
(CDU/CSU) Welche Regelung für Tagesaufenthalte in der DDR gibt es für den Fall, daß eine Schulklasse, deren Schulstandort im reiseberechtigten Gebiet der Bundesrepublik Deutschland liegt, aus Schülern zusammengesetzt ist, die teilweise im reiseberechtigten Gebiet und teilweise außerhalb dieses Gebiets wohnen und die einen gemeinsamen Tagesaufenthalt in der DDR durchführen will?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
wirtschaftliche Zusammenarbeit**

5. Abgeordneter
Seiters
(CDU/CSU) Treffen Pressemeldungen (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13. Februar 1981) zu, daß die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH seit Jahren bestrebt ist, den von Fachleuten als billig, einfach zu bedienen und für Entwicklungsländer sehr geeignet gerühmten Einfachschlepper „Pico Trac“ zu blockieren, obwohl aus der Dritten Welt seit langem ernsthafte Anfragen nach diesem Schlepper vorliegen?
6. Abgeordneter
Freiherr
von Schorlemer
(CDU/CSU) In welchen Punkten widerspricht der „Pico Trac“ den von der GTZ und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit entwickelten Vorstellungen einer konstruktiven Entwicklungshilfe und eines sinnvollen Einsatzes von Steuergeldern zugunsten der Entwicklungsländer?
7. Abgeordneter
Dr. Hornhues
(CDU/CSU) Ist es zutreffend, daß am 20. März 1981 im Auftrag der GTZ zwei international anerkannte Wissenschaftler den Prototyp des „Pico Trac“ geprüft und positiv beurteilt haben, ohne daß dem Eigentümer und Geldgeber der GTZ, nämlich dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, bis Ende Januar 1982 davon Kenntnis gegeben wurde?

8. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU)
- Welche konkreten Zusicherungen bezüglich des Wahltermins und der wirklichen Freiheit dieser Wahlen hat die Regierung Nicaraguas dem Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit bei seinem Besuch in Managua gemacht, und welche konkreten Hilfsversprechungen hat der Bundesminister im Gegenzug seinen Gesprächspartnern in Aussicht gestellt?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

9. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU)
- Treffen Pressemitteilungen zu, daß der Bundeskanzler eine Kabinettsumbildung beabsichtigen soll und davon insbesondere die Bundesminister Dr. Ehrenberg, Gscheidle, Dr. Graf Lambsdorff sowie Ertl betroffen sein sollen?
10. Abgeordneter
Linsmeier
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung Meldungen bestätigen, nach denen die Mitarbeiter des Bundespresse- und Informationsamts jene Rundfunkrede, mit der General Jaruzelski über Polen das Kriegsrecht verhängte, „prompt verschliefen“ und deshalb die Rede im Originalton von der Deutschen Welle besorgen mußten?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

11. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß für das Deutsche Rote Kreuz laut eigener Auskunft „keine Möglichkeit besteht, in Verbindung mit dem Polnischen Roten Kreuz in Ausreiseanliegen behilflich zu sein“, und ist sie bereit, dagegen zu protestieren, weil dieses Verhalten der polnischen Seite ein Verstoß gegen die „Information“ zum Warschauer Vertrag darstellt?
12. Abgeordneter
Dr. Jentsch
(Wiesbaden)
(CDU/CSU)
- Sind für die Bundesregierung andere „objektive Interessenüberschneidungen“ zwischen dem libyschen Staatschef Gaddhafi und dem mit ihr kooperierenden Teil der deutschen „Friedensbewegung“ erkennbar als der ihnen gemeinsame heftige Antiamerikanismus?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

13. Abgeordneter
Bergerowski
(FDP)
- Ist es zutreffend, daß nach wie vor eine Anfechtungsklage gegen die erste Teilerrichtungsgenehmigung des Schnellen Brüters vor dem Oberverwaltungsgericht Münster anhängig ist, und ist die Bundesregierung in irgendeiner Weise tätig geworden, um die Entscheidung dieser seit vielen Jahren anhängigen Klage zu beschleunigen?
14. Abgeordneter
Bergerowski
(FDP)
- Welche Folgen würden sich für das anhängige Verfahren und die Fertigstellung des Schnellen Brüters Kalkar ergeben, wenn das Oberverwaltungsgericht der anhängigen Klage stattgibt?

15. Abgeordneter
Dr. Struck
(SPD) Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, in welcher Weise die niedersächsische Landesregierung die ihr vom Bund zum Ausgleich für alle im Zusammenhang mit dem geplanten Konzept „integriertes Versorgungszentrum Gorleben“ gewährten Mittel in Höhe von 200 Millionen DM verwandt hat, und welche Nachweise sie darüber erbracht hat?
16. Abgeordneter
Dr. Struck
(SPD) Für welchen Zeitraum gilt diese Vereinbarung, und beabsichtigt die Bundesregierung eine Verlängerung dieser Vereinbarung zu geänderten Bedingungen?
17. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Bemühungen, im Raum Schwandorf eine Wiederaufarbeitungsanlage zu errichten, und ist sie bereit, diese Bestrebungen zu unterstützen?
18. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU) Trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, daß es nirgends auf der Welt eine funktionierende Wiederaufarbeitungsanlage für Kernbrennstäbe gibt, wie sie im Raum Schwandorf geplant ist?
19. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Risiken administrativer Maßnahmen zur Dosisbegrenzung über den Ingestionspfad bei extrem seltenen Störfällen in Kernkraftwerken, wie sie von allen Kernenergie nutzenden Staaten vorgesehen sind, und wie vereinbart sie ihre Auslegung des § 28 Abs. 3 der Strahlenschutzverordnung mit den Euratom-Grundnormen?
20. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU) Welche Zeitplanung verfolgt die Bundesregierung bei der von ihr angekündigten Novellierung des Bundesdatenschutzgesetzes?
21. Abgeordneter
Walther
(SPD) Wie viele Bundesgrenzschutzbeamte alten Rechts, die sich zu BaL-Lehrgängen gemeldet haben und von ihren zuständigen Dienstvorgesetzten als dafür geeignet angesehen wurden, sind vom Bundesminister des Innern vorläufig oder endgültig hierfür nicht angenommen worden?
22. Abgeordneter
Walther
(SPD) Welcher Schaden entsteht dem Bundeshaushalt durch diese Ablehnungen (Berufsförderungskosten, Abfindungen, Nachversicherung, Ausbildungskosten für dafür neu einzustellende Beamte usw.)?
23. Abgeordneter
Linsmeier
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung, dem Deutschen Bundestag einen Änderungsentwurf zum Gesetz über die Deutsche Welle vorzulegen, oder geht — wenn dies nicht der Fall sein sollte — die Bundesregierung davon aus, daß das geplante Fernsehprogramm der Deutschen Welle in den USA auf Kurzwelle verbreitet wird?
24. Abgeordneter
Kolb
(CDU/CSU) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung in ihrem Verantwortungsbereich, das „Austricksen“ der Fremdenpolizei und ähnlicher Behörden zu verhindern, daß illegal beschäftigte ausländische Arbeitnehmer mit Namen von legal beschäftigten ausländischen Arbeitnehmern abgedeckt werden, ja selbst bei Unfällen mit deren Krankenschein auch noch die Solidargemeinschaft ausgenutzt wird?

- | | |
|---|---|
| 25. Abgeordneter
Neumann
(Bramsche)
(SPD) | Welches Ergebnis hat die Arbeit der Bund-Länder-Kommission zu der Aufnahme von Flüchtlingen aus humanitären Gründen, das bis zum 5. März 1982 vorliegen sollte, und welche Folgen hat dieses Ergebnis für die Aufnahme der von der „Cap Anamur“ geretteten Flüchtlinge? |
| 26. Abgeordneter
Neumann
(Bramsche)
(SPD) | Warum sind entgegen dem Kabinettsbeschuß vom Herbst 1981 die Fraktionen des Deutschen Bundestages nicht an der Arbeit der Kommission beteiligt worden? |
| 27. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) | Über welches Konzept verfügt die Bundesregierung hinsichtlich des zivilen Bevölkerungsschutzes? |
| 28. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) | Für wieviel Prozent der Bevölkerung können z. Z. angemessene Schutzräume zur Verfügung gestellt werden? |
| 29. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) | Trifft es zu, daß es innerhalb der Bundesregierung Überlegungen gibt, dem Parlament die Einführung des Mehrheitswahlrechts bei Bundestagswahlen vorzuschlagen? |

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

- | | |
|---|---|
| 30. Abgeordnete
Frau
Geiger
(CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß bei einer Reform des Insolvenzrechts die Verwertung für Mobiliarsicherheiten allein beim Konkursverwalter liegen soll und im Ergebnis die Verwertung von Mobiliarsicherheiten dadurch erheblich erschwert wird? |
| 31. Abgeordnete
Frau
Geiger
(CDU/CSU) | In welcher Weise sind die Reformbestrebungen beim Insolvenzrecht mit den Überlegungen der Bundesregierung zu vereinbaren, den Mobiliarsicherheiten (Eigentumsvorbehalt, Sicherungsübereignung) in den übrigen EG-Mitgliedstaaten zu einer rechtlichen Anerkennung zu verhelfen und zwar auch im Fall der Insolvenz? |
| 32. Abgeordneter
Dr. Schroeder
(Freiburg)
(CDU/CSU) | Welche Ergebnisse zeichnen sich bei den Arbeiten der Kommission ab, die im Frühjahr 1978 vom Bundesjustizminister zur Reform des Insolvenzrechts gebildet wurde, und wann ist mit der Vorlage eines Kommissionsberichts und gegebenenfalls eines Gesetzentwurfs zu rechnen? |
| 33. Abgeordneter
Dr. Schroeder
(Freiburg)
(CDU/CSU) | Gehen die Reformüberlegungen der Bundesregierung zum Insolvenzrecht dahin, daß für die sogenannten besitzlosen Mobiliarsicherheiten (Sicherungseigentum, Eigentumsvorbehalt, Sicherungsabtretung) im Konkurs des Sicherungsgebers künftig weder ein Recht zur Aussonderung noch zur Absonderung bestehen soll? |

- | | |
|--|---|
| 34. Abgeordneter
Bohl
(CDU/CSU) | Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß nach den bekanntgewordenen Reformbestrebungen zur Änderung des Insolvenzrechts die Kreditversorgung insbesondere der mittelständischen Wirtschaft erheblich gefährdet werden könnte, wenn die besitzlosen Mobiliarsicherheiten, die in vielen Fällen als einzige Kreditunterlage dienen, im Konkurs kein Recht zur Aussonderung oder Absonderung geben? |
| 35. Abgeordneter
Bohl
(CDU/CSU) | Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß eine Aushöhlung der Mobiliarsicherheiten durch ein neues Insolvenzrecht mit Artikel 14 des Grundgesetzes vereinbar ist? |
| 36. Abgeordneter
Fellner
(CDU/CSU) | Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß entsprechend der Untersuchung des Max-Planck-Instituts Hamburg im Konkursverfahren 70 v. H. der Konkursmasse durch Massekosten und Masse-schulden absorbiert werden? |
| 37. Abgeordneter
Fellner
(CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß durch Belastung der Mobiliarsicherheiten (Sicherungseigen-tum u. a.) mit erheblichen Verfahrenskosten in Zukunft das Konkursverfahren effizienter gestaltet werden kann? |
| 38. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU) | Hat die Bundesregierung bei der Beratung des Ent-wurfs eines Gesetzes zur Durchführung der Vierten EG-Richtlinie zur Koordinierung des Gesellschafts-rechts (am 10. Februar 1982) die berechtigten Interessen der Steuerberater berücksichtigt, wie sie verschiedentlich versichert und zugesagt hat? |
| 39. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU) | Warum ist die Bundesregierung in ihrem Gesetzent-wurf ohne zwingenden Anlaß über die Vierte EG-Richtlinie hinausgegangen, indem sie die GmbH & Co KG in die Prüfungspflicht einbezog? |
| 40. Abgeordneter
Oostergetelo
(SPD) | Sind der Bundesregierung Äußerungen der deut-schen Versicherungswirtschaft bekannt, nach denen diese einen Wegfall des „Haftungsausschlusses bei unabwendbaren Ereignissen“ in der Kraftfahrzeug-haftpflichtversicherung begrüßen würde (Südwest-funk, 3. Radioprogramm, Dienstag 16. März 1982 gegen 17.30 Uhr), und könnte die Bundesregie-rung diesen Standpunkt teilen? |
| 41. Abgeordneter
Oostergetelo
(SPD) | Wäre die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, entsprechend gesetzgeberisch tätig zu werden, da-mit die rechtlichen Voraussetzungen für den Weg-fall des o. g. Haftungsausschlusses geschaffen wer-den können? |

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

- | | |
|---|--|
| 42. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) | Kann die Bundesregierung die vom Ifo-Institut getroffenen Feststellung bestätigen (dpa vom 2. März 1982), daß eine Ungleichbehandlung zwi-schen der Lohnsteuer und den veranlagten Steuern (Einkommen-, Körperschaft- und Vermögensteuer) bei der Einhaltung der gesetzlichen Fristen erfolgt, wonach die letzteren die gesetzlichen Fristen teil-weise um drei und mehr Jahre überschreiten, wäh-rend bezüglich der Lohnsteuer die Lohnsteuer-zahler sofort zur Kasse gebeten werden? |
|---|--|

43. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Kann die Bundesregierung die in der gleichen Untersuchung genannte Zahl von Steuerrückständen in Höhe von rd. 7,2 Milliarden DM bestätigen?
44. Abgeordneter
Jagoda
(CDU/CSU) Wieviel DM haben die gesamte Bundesregierung und die ihr nachgeordneten Behörden und Dienststellen in den letzten drei Jahren für Öffentlichkeitsarbeit ausgegeben?
45. Abgeordneter
Hitzgrath
(SPD) Trifft es zu, daß auf Grund der Neufassung des § 40 a EStG ab 1982 Teilzeitbeschäftigte in der Landwirtschaft die für die Lohnsteuerpauschalierung erforderliche Bescheinigung nur auf Antrag nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck ausgestellt erhalten, und wird hierdurch das Anwerben arbeitswilliger Aushilfskräfte erschwert, oder wird bei Nichtbeachtung dieser Formvorschrift der betroffene Landwirt erheblich finanziell belastet?
46. Abgeordneter
Hitzgrath
(SPD) Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, das Verfahren zu vereinfachen, insbesondere die erforderliche Bescheinigung den Aushilfskräften auf formlosen Antrag hin zu übersenden?
47. Abgeordneter
Dr. Sprung
(CDU/CSU) Gibt es schon Vorstellungen darüber, wie der Nachtragshaushalt 1982 finanziert werden soll?
48. Abgeordneter
Dr. Sprung
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß zur Finanzierung des Nachtragshaushalts eine zusätzliche Gewinnabführung der Deutschen Bundesbank von 1,5 Milliarden DM über den ohnehin schon in den Haushalt 1982 eingestellten Betrag von 10,5 Milliarden DM hinaus vorgesehen ist?
49. Abgeordneter
Kolb
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, nach welchen sachlichen Kriterien die Finanzämter die Grundsteuer A und B erheben, und wie zeitnah diese Erfassung ist?
50. Abgeordneter
Rayer
(SPD) Mit welcher Begründung werden die Umsätze von Tierarzneimitteln nur mit dem halben Mehrwertsteuersatz belegt, und wird die Bundesregierung diese Regelung unter dem Gesichtspunkt der Einschränkung des Tierarzneimittelmißbrauchs gegebenenfalls überprüfen?
51. Abgeordneter
Clemens
(CDU/CSU) Ist es richtig, daß infolge pauschaler Stelleneinsparungen die der Bundeszollverwaltung übertragene Vollstreckung aus dem Bereich der Bundesanstalt für Arbeit, den Berufsgenossenschaften und den Ersatzkassen nicht ordnungsgemäß durchgeführt werden kann und bei einem derzeitigen Vollstreckungsrückstand in Höhe von rd. 1,6 Milliarden DM die Gefahr besteht, daß vollstreckbare Forderungen verjähren und dadurch erhebliche Einnahmeverluste entstehen?

52. Abgeordneter
Clemens
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit zu bestätigen, daß im Bereich der der Bundeszollverwaltung übertragenen Vollstreckungsaufgaben nach dem Sozialgesetzbuch sich der derzeitige Vollstreckungsrückstand von 93 000 Fällen mit einem Wert von rd. 1,6 Milliarden DM durch einen jährlichen Zuwachs von 400 000 Vollstreckungsfällen noch wesentlich erhöht, und was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu tun?
53. Abgeordneter
Graf Stauffenberg
(CDU/CSU) Seit wann hat sich der Bundesfinanzminister die jeweilige Entscheidung über Wiederbesetzung planmäßiger Personalstellen in der Bundesauftragsverwaltung — z. B. Personalwechsel im Reinigungsdienst der Katastrophenschutzschulen nach MTL II und III — vorbehalten?
54. Abgeordneter
Graf Stauffenberg
(CDU/CSU) Welche Einsparungen hat die Praxis dieses Entscheidungsvorbehalts dem Bundeshaushalt erbracht?
55. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Münster)
(CDU/CSU) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, bei der von ihr im sogenannten Beschäftigungsförderungsgesetz vorgesehenen Verzehnfachung der Einheitswerte für unbebaute Baulandparzellen soziale Härtefälle zu vermeiden, die sich vor allem für solche Eigentümer eines Baugrundstücks ergeben, die zwar bauen wollen, es aber in absehbarer Zeit infolge der hohen Bau- und Kapitallasten nicht können?
56. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Münster)
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die gegen die von ihr geplante Verzehnfachung der Einheitswerte speziell für unbebaute Baugrundstücke vorgebrachten verfassungsrechtlichen Bedenken, insbesondere das, eine derartige Sonderbehandlung des unbebauten Baulands verstoße gegen den Gleichheitsgrundsatz des Artikels 3 des Grundgesetzes?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

57. Abgeordneter
Dr. von Wartenberg
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung die Untersuchung der Industrie- und Handelskammer Koblenz bekannt, wonach das sogenannte 6,3 Milliarden DM Programm der Kreditanstalt für Wiederaufbau überwiegend Mitnahmeeffekte provoziert habe, und wenn ja, wie beurteilt sie den Erfolg dieses Zinsverbilligungsprogramms?
58. Abgeordneter
Dr. von Wartenberg
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung angeben, welche Beschäftigungswirkungen und zusätzlichen Investitionen von dem 6,3 Milliarden DM Programm der Kreditanstalt für Wiederaufbau bisher ausgegangen sind?
59. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung für die Beschäftigungslage im Bauhauptgewerbe angesichts der Tatsache, daß die Beschäftigten im Bauhauptgewerbe im Dezember 1981 gegenüber dem Vorjahr um 70 000 zurückgegangen ist, daß der Auftragseingang im gleichen Zeitraum je nach Bauart zwischen 12 und 30 v. H. nachließ, und daß sich die Baugenehmigungen im Hochbau im gleichen Zeitraum um etwa 12 v. H. verringerten?

60. Abgeordneter
Rapp
(Göppingen)
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Export von „Blaupausen“ (Pläne und Konstruktionszeichnungen) aus der Bundesrepublik Deutschland dadurch beeinträchtigt wird, daß Planungsbüros mangels eigener banküblicher Sicherheiten die von ausländischen Abnehmern geforderten Leistungsgarantien oft nicht oder nur unter erschwerten Bedingungen beibringen können, und sieht die Bundesregierung darin eine Beeinträchtigung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, daß sich die Exporteure von Plänen und Konstruktionszeichnungen in anderen Industriestaaten staatlicher Einrichtungen bedienen können?
61. Abgeordneter
Rapp
(Göppingen)
(SPD)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, diesem Mangel abzuhelpen?
62. Abgeordneter
Schmitt
(Wiesbaden)
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Entscheidung der Firma Rotaprint, 300 Arbeitsplätze in Wiesbaden abzubauen mit der Begründung, durch Verlagerung der Produktion in ihren Berliner Betrieb könnte die Firma die Präferenzen der Berlinfoerderung für ihr Berliner Unternehmen in Anspruch nehmen, und ist die Bundesregierung mit mir der Meinung, daß bei aller Anerkennung der Notwendigkeit der Förderung der Berliner Wirtschaft solche Förderungsmaßnahmen nicht zu Lasten schon seit Jahren bestehender Arbeitsplätze im Bundesgebiet gehen sollten?
63. Abgeordneter
Lambinus
(SPD)
- Welche Erlöse wurden jeweils in den Jahren 1975 bis einschließlich 1981 für aus der Bundesrepublik Deutschland exportierte Kriegswaffen erzielt, und wie teilen sich diese Erlöse bezüglich der Exporte insgesamt in NATO-Staaten und andererseits in Staaten, die gleichzeitig Entwicklungshilfeleistungen von der Bundesrepublik Deutschland erhalten, auf?
64. Abgeordneter
Dr. Rumpf
(FDP)
- Wie gedenkt die Bundesregierung auf die Forderung von Forst- und Holzwirtschaft zu reagieren, zur Beseitigung der großen Schneebruchschäden vom vergangenen Winter verstärkte Frachtbeihilfe zu gewähren?
65. Abgeordneter
Dr. Rumpf
(FDP)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Bundesländer Bayern und Hessen in der Gewährung von Frachtbeihilfen für die Zonenrandgebiete unterschiedlich reagieren und dadurch Wettbewerbsverzerrungen bewirken, und welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung dagegen zu unternehmen?
66. Abgeordneter
Weirich
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Wirtschaftlichkeit von Solarzellen für dezentrale Stromerzeugung auf Grund der Prognosen in den nächsten 10 bis 15 Jahren, und hält sie es für erforderlich, neben Forschung und Entwicklung auch die Innovation durch Erleichterung des Genehmigungsverfahrens zu verbessern?

67. Abgeordneter
Weirich
(CDU/CSU)
- Aus welchen Gründen hat es die Bundesregierung bis heute noch nicht erreicht, daß im Bereich der regenerativen Energiequellen ein Forschungsprogramm existiert, in dem neben der Forschung und Entwicklung auch Markteinführungsbeihilfen finanzieller Art und rechtlicher Art zusammengefaßt werden?
68. Abgeordneter
Rayer
(SPD)
- Hält die Bundesregierung die weitverbreitete Rabattgewährung, insbesondere Naturalrabattgewährung, beim Vertrieb von Tierarzneimitteln von bis zu 200 Prozent für gerechtfertigt, und was kann gegen diese Vertriebspraxis der Pharmaunternehmen, die mit als Ursache für den Mißbrauch angesehen wird, von Seiten der Bundesregierung unternommen werden?
69. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)
- Wie haben sich die Inlandpreise für Stickstoffdüngemittel in den ersten Monaten des Jahrs 1982 entwickelt, und welche Preise erhält die Stickstoffindustrie beim Export von Stickstoffdüngemitteln in Länder der EG, die ja dann direkt bei Agrarprodukten mit den Landwirten der Bundesrepublik Deutschland konkurrieren?
70. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)
- Nach welchen Kriterien genehmigt die Bundesregierung die Preisfestsetzung der deutschen Stickstoffindustrie für die Bundesrepublik Deutschland?
71. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Untersützt die Bundesregierung die Absichten der Regierung der USA, zukünftige Ostkredite und technologische Hilfen an Ostblockländer in Sicherheits- und politische Überlegungen einzubinden und in Verbindung mit notwendigen Gegenleistungen zugunsten der kontrollierten Abrüstung, des Verzichts auf Gewaltandrohung und der Menschenrechte zu bringen?
72. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Sind wirtschaftliche Maßnahmen der Bundesregierung gegen Staaten, die das Verbot von Gewaltanwendung und Gewaltandrohung oder das internationale Recht gravierend verletzen, staatsrechtlich durch das Außenwirtschaftsgesetz und völkerrechtlich durch Artikel 41 der UN-Charta gerechtfertigt?
73. Abgeordneter
Gerster
(Mainz)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung unter Beachtung ihrer besonderen Verantwortlichkeit für die nationale Wirtschaftspolitik in der Lage und bereit, die Bemühungen des Landes Rheinland-Pfalz und der Stadt Mainz zur Erhaltung der Arbeitsplätze bei Magirus-Deutz in Mainz insbesondere dadurch zu unterstützen, daß sie in Verbindung mit der derzeit anstehenden und den künftigen Auftragsvergaben, z. B. des Bundesverteidigungsministeriums und des Bundesinnenministeriums, prüft, ob hierbei Wege gefunden werden können, die Schließung des Mainzer Werks zunächst zu verhindern, um dadurch auf Dauer eine Sicherung der Arbeitsplätze mit Hilfe von Magirus-Deutz oder anderen Partnern zu erreichen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Arbeit und Sozialordnung**

74. Abgeordneter
Schmitt
(Wiesbaden)
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch die Einziehung des Selbstbeteiligungsbeitrags von 5 DM von den Kassenpatienten durch die Träger der Krankentransporte diesen Kostenbelastungen bis zu 7,50 DM je Fall entstehen und damit das Ziel einer Kostendämpfung nicht erreicht wird, und ist die Bundesregierung bereit, durch einen Gesetzentwurf oder eine Verordnung den Streit zwischen den Krankenkassen und den Trägern der Krankentransporte über die Frage der Einziehung der Selbstbeteiligungsbeiträge zu entscheiden und damit die beabsichtigte Kostendämpfung in diesem Bereich zu erreichen?
75. Abgeordneter
Freiherr
von Schorlemer
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung bereits Berechnungen darüber vorgenommen, welcher Verwaltungskostenaufwand die beabsichtigte Herabsetzung des Rentenalters auf 58 Jahre mit sich bringen würde?
76. Abgeordneter
Feile
(SPD) Treffen Meldungen zu, wonach bei verschiedenen Arbeitsämtern durch Umsetzung von Bediensteten in die Leistungsabteilung die Bereiche Stellenvermittlung und Berufsberatung personell eingeschränkt sind und damit die wichtigen Aufgaben der Stellenvermittlung und Berufsberatung nicht in dem eigentlich erforderlichen Umfang wahrgenommen werden können?
77. Abgeordneter
Feile
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag, durch den vorübergehenden Einsatz von Bediensteten aus anderen Behörden eine entsprechende personelle Verstärkung der Leistungsabteilungen bei den Arbeitsämtern sicherzustellen?
78. Abgeordneter
Siellaff
(SPD) Welche Möglichkeiten hat die Bundesregierung innerhalb ihres Verantwortungsbereichs, darauf hinzuwirken, daß bei der Überweisung eines psychisch Kranken in komplementäre Einrichtungen der Psychiatrie durch die Problematik der Kostenübernahme keine Verzögerungen oder Unterbrechungen in der Behandlung des Kranken eintreten?
79. Abgeordneter
Horstmeier
(CDU/CSU) Wie ist das Zahlenverhältnis von Vollarbeitskräften zu Unfallrentenbeziehern bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften bzw. bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften?
80. Abgeordneter
Horstmeier
(CDU/CSU) Welche Schlußfolgerungen bezüglich der Finanzierung zieht die Bundesregierung aus diesem Zahlenverhältnis?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

81. Abgeordneter
Würtz
(SPD) Wie beurteilt der Bundesverteidigungsminister die zunehmende Nebentätigkeit von Soldaten als Fahrer bzw. selbständiger Fahrschulleiter, und wird er gegebenenfalls dienstliche Unterstützung gewähren?

- | | |
|---|---|
| 82. Abgeordneter
Peter
(Kassel)
(SPD) | In welcher Form wird die Kommandeurstagung der Bundeswehr 1982 durchgeführt werden? |
| 83. Abgeordneter
Peter
(Kassel)
(SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, künftige Kommandeurstagungen in Kasernen oder anderen Einrichtungen der Bundeswehr (beispielsweise Bundeswehrhochschulen) durchzuführen? |
| 84. Abgeordneter
Coppik
(fraktionslos) | Welchen Ländern hat die Bundesregierung 1981 und 1982 welche militärische Ausbildungs- und Ausrüstungshilfen gewährt oder zugesagt, und welchen Umfang hatten diese Hilfen? |
| 85. Abgeordneter
Coppik
(fraktionslos) | Welche Kriterien legt die Bundesregierung der Gewährung militärischer Ausrüstungs- und Ausbildungshilfen zugrunde? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

- | | |
|---|---|
| 86. Abgeordneter
Lennartz
(SPD) | Ist der Bundesregierung bekannt, wieviel Medikamente (Tonnen) in der Bundesrepublik Deutschland jährlich verordnet werden, und wie hoch der mengenmäßige Anteil nicht verwendeter Medikamente ist, der den ordnungsgemäßen Weg zurück in die Apotheken geht? |
| 87. Abgeordneter
Lennartz
(SPD) | Welche Schritte gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um immer noch bestehende Mißbräuche in diesem Bereich, die zu ernststen zusätzlichen Umweltbelastungen führen, abzustellen? |
| 88. Abgeordneter
Purps
(SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung die öffentliche Aufstellung von Videospielgeräten in Hinsicht auf das Gesetz zum Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit, und gedenkt sie, gegebenenfalls § 7 dieses Gesetzes auf Videospielgeräte auszudehnen? |
| 89. Abgeordneter
Dr. Falthäuser
(CDU/CSU) | Welche Schlußfolgerung beabsichtigt die Bundesregierung aus der Feststellung des Bundesbeauftragten für den Datenschutz in seinem Vierten Tätigkeitsbericht vom 30. Dezember 1981 zu ziehen, nach dem der mit der Einrichtung eines Krebsregisters verbundene Eingriff in Grundrechtspositionen der Betroffenen nur durch ein Gesetz zu legitimieren ist, in dem eine Reihe von präzisen Vorgaben beachtet ist? |
| 90. Abgeordnete
Frau
Dr. Martiny-Glotz
(SPD) | Hat die Bundesregierung Kenntnisse darüber, daß der Tiermast inzwischen anstelle von DES andere Hormonpräparate trotz Verbot gespritzt, gefüttert oder implantiert werden, für die noch keine praktikablen Analyseverfahren entwickelt sind, und welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um möglichst schnell diesen für die Verbraucher gefährlichen Tierarzneimittelmißbrauch zu verhindern? |

91. Abgeordnete
Frau
Dr. Martiny-Glotz
(SPD) Hat die Bundesregierung Kenntnisse darüber, was mit dem wegen Preisverfall in Folge des Östrogen-skandals zwischen dem 7. November und 6. Dezember 1980 eingelagerten Kalbfleisch geschehen ist, und sind Östrogenrückstände in diesem Fleisch oder daraus hergestellten Konserven gefunden worden?
92. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Situation in der EG in bezug auf den Tierarzneimittelmißbrauch, und wie können unsere Verbraucher vor Rückständen in importiertem Fleisch und Fleischkonserven genauso wirksam geschützt werden, wie vor den Rückständen im Fleisch aus deutscher Produktion?
93. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD) Wie kann nach Auffassung der Bundesregierung der Tierarzneimittelmißbrauch insbesondere in der Intensivtierhaltung im Hinblick auf gesundheitlich unbedenkliches und qualitativ einwandfreies Fleisch verhindert werden, und in welchem Maß hat der Verbraucher die Möglichkeit, zwischen Fleischangeboten aus Betrieben mit Intensivmast und Angeboten aus Betrieben mit anderen Produktionsmethoden auszuwählen?
94. Abgeordneter
Marshall
(SPD) Durch welche Maßnahmen wird die Bundesregierung sicherstellen, daß der illegale Vertrieb von Tierarzneimitteln durch Großhandelsbetriebe verhindert wird, und wie wird die bei einem Teil der Gewerbetreibenden festgestellte Unkenntnis über arzneimittelrechtliche Vorschriften und über die gesundheitlichen Auswirkungen des fahrlässigen Umgangs mit solchen Arzneimitteln möglichst schnell behoben werden können?
95. Abgeordneter
Marshall
(SPD) Ist die Nachweispflicht für die Abgabe von verschreibungspflichtigen Tierarzneimitteln für Apotheken noch zu regeln, wie dies Minister Dr. Haak (Nordrhein-Westfalen) im Bundesrat fordert, oder sind die Apotheken schon jetzt in die notwendigen Kontrollen einbezogen?
96. Abgeordnete
Frau
Blunck
(SPD) Für welche Fälle hält die Bundesregierung die getrennte Nachweisführung für jedes Tierarzneimittel bei Herstellern und Großhändlern für erforderlich, und warum soll diese produktbezogene Nachweisführung nicht auch für Apotheken und Tierärzte gelten?
97. Abgeordnete
Frau
Blunck
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung den massiven Einsatz von Antibiotika, Beruhigungsmitteln und Beta-Blockern bei der Tiermast unter Verbraucherschutzgesichtspunkten?
98. Abgeordnete
Frau
Zutt
(SPD) Wie sollen nach Ansicht der Bundesregierung die Kontrollen bezüglich der Rückstände von verbotenen Tierarzneimitteln im Stall ermöglicht und rechtlich abgesichert werden, wenn die Anzeigepflicht der Erzeuger vor der Abgabe von Schlachtieren nicht eingeführt werden sollte?
99. Abgeordnete
Frau
Zutt
(SPD) Wie soll die Kontrolle der Einhaltung der Wartezeiten bei der Anwendung von zugelassenen Tierarzneimitteln im Stall sichergestellt werden, und soll die Kontrolle bezüglich der Rückstände von Tierarzneimitteln auch auf die Handels- und Transportbetriebe ausgedehnt werden?

100. Abgeordneter
Fiebig
(SPD)
- Wie ist das Verhältnis der von der Bundesregierung unter Berücksichtigung der Chancengleichheit der verschiedenen Therapierichtungen für unkonventionelle Krebstherapien — insbesondere der Misteltherapie — bewilligten oder verausgabten Forschungsmittel im Verhältnis zu den übrigen mit Bundesmitteln direkt oder indirekt geförderten konventionellen Krebsforschungsprojekten?
101. Abgeordneter
Fiebig
(SPD)
- Hält die Bundesregierung es für sinnvoll, wenn ein in der klinischen Prüfung erprobtes — also im Tierversuch bereits getestetes — Medikament wie z. B. Iscador noch einmal Tierversuchen durch das Deutsche Krebsinstitut unterworfen wird, obwohl bereits Erfahrungen in der Krebstherapie am Menschen vorliegen (auf dem Deutschen Fortbildungskongreß in Berlin 1980 vorgetragen, in der Zeitschrift für Allgemeinmedizin 57, Heft 5, veröffentlicht und von der zuständigen Aufbereitungskommission C des Bundesgesundheitsamts aufgearbeitet) und dieses aus Forschungsmitteln der Bundesregierung finanziert wird?
102. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung zu treffen bzw. hat sie bereits getroffen, um bundesweit bessere Voraussetzungen für eine wirksamere Krebsbekämpfung, insbesondere auf dem Gebiet der Krebsforschung, zu schaffen (Bericht in der Süddeutschen Zeitung vom 11. März 1982, Seite 11)?
103. Abgeordneter
Herberholz
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, erneut auf die Landesregierung von Rheinland-Pfalz einzuwirken, auch dort das Warenbegleitscheinverfahren für den Weintransport einzuführen, da auf absehbare Zeit keine Vereinfachung des Verfahrens durch die EG in Brüssel zu erwarten und bei Beibehaltung der jetzigen Regelung in Rheinland-Pfalz mit einem Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof zu rechnen ist?
104. Abgeordneter
Herberholz
(SPD)
- Kann die Bundesregierung Auskunft über den gegenwärtigen Sach- und Streitstand in dem von der EG-Kommission angestregten Verfahren über die Weinbezeichnung „Liebfrauenmilch“ geben?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

105. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß einerseits Pauschalreiseveranstalter nach dem Reiseveranstaltungsgesetz den Reisenden bei Verspätungen und Ausfällen von Verkehrsmitteln schadensersatzpflichtig sind, während sie andererseits wegen des Haftungsausschlusses z. B. nach § 17 der Eisenbahn-Verkehrsordnung (EVO) bei dem Reiseunternehmen, dessen Leistungen sie vermittelt haben, nicht Regreß erlangen können?
106. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher, daß der Haftungsausschluß der Deutschen Bundesbahn nach § 17 EVO den Anforderungen des Gesetzes zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen nicht entspricht, und wird sie eine entsprechende Anpassung der Haftungsklauseln der Eisenbahn-Verkehrsordnung vorbereiten?

107. Abgeordneter
Dolata
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die mehrfach kritisierten ungewöhnlichen Verspätungen der von Berlin (West) abgehenden Züge auch darauf zurückzuführen sind, daß der östliche Teil der Stadtbahn einschließlich des Betriebsbahnhofs Rummelsburg auf Grund von Kapazitätsengpässen sehr störanfällig ist?
108. Abgeordneter
Dolata
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung die eigentlich sinnvollste Regelung nicht doch für praktikabel, die in Berlin (West) endenden Transitzüge nicht in Rummelsburg, sondern auf dem Gelände des Bahnhofs Grunewald abzustellen, wagendienstlich zu behandeln und auch mit hier beheimateten Triebfahrzeugen zu bespannen?
109. Abgeordneter
Purps
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß auf Anordnung der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn die Dienststellenleiter in den Eingangsbereichen der Bahnhöfe Stellplätze für Videospielgeräte bereithalten müssen?
110. Abgeordneter
Sielaff
(SPD) Treffen Aussagen des rheinland-pfälzischen Staatsministers Holkenbrink zu, wonach den Bundesländern weder Art noch Umfang der in den einzelnen Gebieten der Bundesrepublik Deutschland vorgenommenen Kürzungen der Investitionsmittel durch die Deutsche Bundesbahn bekannt gegeben werden, und welche Auswirkungen diese Kürzungen z. B. auf die Arbeitsplatzsituation haben?
111. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU) Wieviel finanzielle Mittel stehen bereit, um im Jahr 1982 und im Jahr 1983 im Teilstück Kassel — Fulda der geplanten Neubautrasse der Deutschen Bundesbahn tatsächlich verbaut zu werden?
112. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU) Wird überall im Bereich der geplanten Neubautrasse der Deutschen Bundesbahn von Hannover nach Würzburg, in denen das Planfeststellungsverfahren abgeschlossen ist, auch tatsächlich gebaut bzw. sind überall die Bauaufträge vergeben worden?
113. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Welches sind die Gründe für die Benachteiligung Bayerns im Entwurf eines ÖPNV-Programms 1982, die darin besteht, daß trotz der Vergrößerung des Fördervolumens des Bundes nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz 1982 um 32,69 Millionen DM der bayerische Anteil um 13,16 Millionen DM verringert wird, so daß der Förderanteil Bayerns von 15,5 v. H. auf 14,1 v. H. sinkt, obwohl der Anteil Bayerns bei der Wohnbevölkerung bei 17,7 v. H., beim Kfz-Bestand bei 18,5 v. H., bei der Fläche bei 28,3 v. H. und bei den Ein- und Auspendlern bei 20,4 v. H. liegt?
114. Abgeordneter
Schröder
(Wilhelminenhof)
(CDU/CSU) Teilt der Bundesverkehrsminister die Sorgen zahlreicher Sachverständiger in Ostfriesland, daß der Hafen Emden durch unzureichende Ausbaggerung der Ems gegenüber den Häfen Bremen und Hamburg benachteiligt werden könnte, und ist er bereit zu garantieren, daß die in den Staatsverträgen vom

29. Juli 1921 und 18. Februar 1922 angestrebten Fahrwassertiefen in dem Sinn eingehalten werden, „daß die Fahrtiefe nach Emden nicht hinter der nach Bremerhaven und Hamburg zurücksteht“?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
das Post- und Fernmeldewesen**

115. Abgeordneter
Dr. Schulte
(Schwäbisch
Gmünd)
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß 50 Jungangestellten des Postscheckamts Stuttgart, kurz vor der Abschlußprüfung, ab sofort die Teilnahme am Schulunterricht verboten wurde, und wenn ja, welches waren die Gründe dafür?
116. Abgeordneter
Dr. Schulte
(Schwäbisch
Gmünd)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, durch eine Sofortmaßnahme das Verbot, die Berufsschule zu besuchen, für die 50 Auszubildenden des Postscheckamts Stuttgart aufzuheben?
117. Abgeordneter
Nelle
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung mit mir der Ansicht, daß, nach dem Konzept des Bundespostministers zur künftigen Postversorgung auf dem Lande, in den dünnbesiedelten Landesteilen Niedersachsens, insbesondere im Zonenrandgebiet, die Postversorgung weiter verringert wird und dadurch weitere Verschlechterungen für die Postkunden auf dem Lande eintreten, und daß eine solche weitere Verschlechterung der Postversorgung gerade dort verhindert werden sollte?
118. Abgeordneter
Nelle
(CDU/CSU) Liegen der Bundesregierung Pläne vor, eventuell durch die Übertragung der Leitung von Poststellen als Nebentätigkeit auf die dort ansässigen Gewerbetreibenden mit entsprechenden Ladenräumen, um eine derartige Verschlechterung der Postversorgung zu verhindern?
119. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung einen offensichtlichen Widerspruch zwischen der Gewährung einer Investitionszulage zur Entlastung der Wirtschaft und der Erhöhung der Postgebühren ab 1. Juli 1982, die eine erhebliche finanzielle Belastung gerade mittelständischer Unternehmen bedeutet, in der Weise, daß auf der einen Seite vom Staat etwas gegeben wird, was auf der anderen Seite wieder genommen wird, oder sieht die Bundesregierung darin eine besondere Form der Umschichtung im Haushalt, so wie es die Bundesregierung zwischen der Investitionszulage und der Mehrwertsteuererhöhung darzustellen versucht hat?
120. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Wie ist die Mitteilung zu verstehen, daß die Volksrepublik Polen nur bei Paketsendungen an kirchliche und soziale Organisationen auf die etwa 40 Prozent ihres Gebührenanteils verzichtet, und welchen Anteil machen die übrigen Sendungen im Verhältnis zu den Paketen an kirchliche und soziale Organisationen aus?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Forschung und Technologie**

- | | |
|---|--|
| 121. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP) | In welchem Umfang und bis zu welcher Tiefe ist der zum Einbau in den Schnellen Brüter Kalkar vorgesehene Reaktortank und der sogenannte untere Natrium-Sammelbehälter verrostet (sogenannte interkristalline Korrosion), und welche Folgen ergeben sich daraus, daß das verrostete Material entfernt werden muß, für die Lebensdauer der Anlage? |
| 122. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP) | Welche Betriebskosten hat der Betreiber des SNR-300 nach dem jetzigen Stand seiner Kenntnisse unter Berücksichtigung der vermutlichen Baukosten und beschränkten Lebensdauer der Anlage ermittelt, und welche Erlöse stellt er diesen Kosten unter Zugrundelegung des Strompreisniveaus kommerzieller Stromerzeugungsanlagen gegenüber? |
| 123. Abgeordneter
Gärtner
(FDP) | Ist es zutreffend, daß der Betreiber des SNR-300 in Kalkar gegenwärtig mit einem Betriebskostendefizit von 250 bis 300 Millionen DM pro Jahr rechnet, und wer soll diese Defizite tragen? |
| 124. Abgeordneter
Gärtner
(FDP) | Ist es zutreffend, daß die Bundesregierung sich verpflichtet hat, diese Betriebskostendefizite ganz oder teilweise zu übernehmen? |
| 125. Abgeordneter
Hölscher
(FDP) | In welcher Höhe ergeben sich Kosten des Betriebs und Kosten des Brennstoffkreislaufs beim SNR-300 in Kalkar, und wie sollen nach Meinung der Bundesregierung die Erlöse in der Weise „gestaltet“ werden, daß die Kosten des SNR in den allgemeinen Strompreis der kommerziellen Energieversorgungsunternehmen einkalkuliert werden? |
| 126. Abgeordneter
Echternach
(CDU/CSU) | Wann wird die Bundesregierung über die Beteiligung des Bundes am Bau des vom Deutschen Elektronen Synchrotrons (DESY) geplanten Speicherrings HERA entscheiden, den der vom Bundesministerium für Forschung und Technologie berufene Gutachterausschuß schon vor über einem Jahr grundsätzlich zur Förderung empfohlen hat? |
| 127. Abgeordneter
Echternach
(CDU/CSU) | Welche Gründe stehen einer Entscheidung der Bundesregierung über das HERA-Projekt noch entgegen, und berücksichtigt die Bundesregierung dabei, daß der Bau des größeren Speicherrings nicht nur zur langfristigen Sicherung der Spitzenstellung der deutschen Kernforschung erforderlich ist, sondern daß mit dem Bau in einer Gesamtkostenhöhe von 650 Millionen DM (von denen der Bund die Hälfte zu tragen hätte) über 1 000 Arbeitsplätze während der sechsjährigen Bauzeit gesichert werden könnten und mit dem Bau drei Monate nach der Entscheidung über die Finanzierung begonnen werden könnte? |
| 128. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU) | Welches Mitglied der Bundesregierung hat sich bisher um den Auftrag bemüht, den die mexikanische Regierung für 20 Kernkraftwerke vergeben will, die bis zum Jahr 2000 in Mexiko errichtet werden sollen, und wird es wirklich dabei bleiben, daß die |

Bundesregierung dies ausschließlich Herrn Dr. Schmidt-Küster vom Bundesministerium für Forschung und Technologie überläßt, während sich von den konkurrierenden Staaten z. B. für Kanada Ministerpräsident Trudeau, für Frankreich Präsident Mitterrand und für die USA Präsident Reagan dieserhalb persönlich eingeschaltet haben?

129. Abgeordneter
Dr. Bugl
(CDU/CSU)

Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung veranlaßt, daß das Endlager Gorleben sowohl für die direkte Endlagerung abgebrannter Brennelemente als auch für die Endlagerung von hochaktivem Abfall untersucht wird, obwohl zwischen diesen beiden Kategorien von Abfall naturwissenschaftlich-technisch bedingte Unterschiede bestehen?

130. Abgeordneter
Dr. Bugl
(CDU/CSU)

In welchem Umfang wird die Kapazität eines Endlagers für hochradioaktiven Abfall oder direkt endgelagerte Brennelemente beeinflusst durch die jeweilige geologische Formation (Salz, Schiefer, Granit), und welchen Einfluß hat eine längerfristige oberirdische Zwischenlagerung dieser Abfälle auf die Kapazität des Endlagers?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

131. Abgeordnete
Frau
Dr. Wilms
(CDU/CSU)

Wer ist der Bauträger des von der Bundesregierung mitfinanzierten Großklinikums in Aachen, und treffen Informationen zu, daß die Baukosten für dieses Großklinikum inzwischen auf 1,9 Milliarden DM geschätzt werden, was zur Folge hätte, daß das Land Nordrhein-Westfalen in den nächsten Jahren kein neues anderes Bauvorhaben im Hochschulbereich mehr finanzieren kann, wenn der Bund nicht zusätzliche Finanzen zur Verfügung stellt?

132. Abgeordneter
Pfeifer
(CDU/CSU)

Wieviel Mittel hat die Bundesregierung im Jahr 1982 zur Verfügung, um im 11./12. Rahmenplan für den Hochschulausbau neue Bauvorhaben und Großgeräte in der Hochschulforschung zu fördern?

133. Abgeordneter
Rossmann
(CDU/CSU)

Von welchen Steigerungsraten bei den Baukosten geht die Bundesregierung im vorgesehenen 11./12. Rahmenplan für den Ausbau der Hochschulen aus?

134. Abgeordneter
Graf von
Waldburg-Zeil
(CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß die vom Bundeskanzler und den Ministerpräsidenten der Länder beschlossene Öffnung der Hochschulen mit dem Ziel, 850 000 Studienplätze zu schaffen, noch realisiert werden kann, wenn die in der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes vorgesehenen Mittel für den Hochschulbau nicht erhöht werden und die Länder zur Vorfinanzierung nicht in der Lage sind?

135. Abgeordneter
Daweke
(CDU/CSU)

Welche Mittel stehen für neue Vorhaben im Hochschulbau und für Großgeräte in der Hochschulforschung bis 1986 zur Verfügung, wenn die Länder zur Vorfinanzierung des Bundesanteils nicht bereit sind?

136. Abgeordneter
Schirmer
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung den Stand der Beratungen zur Fortschreibung des „Aktionsprogramms Schulsport“, das erstmals 1972 als Gemeinschaftsinitiative der Bundesregierung, der Bundesländer, der kommunalen Spitzenverbände und des Deutschen Sportbunds verabschiedet wurde, und welche Zielsetzungen strebt die Bundesregierung bei der Neufassung dieses Programms an?
137. Abgeordneter
Schirmer
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, bei den Beratungen zur Fortschreibung des „Aktionsprogramms Schulsport“ dafür einzutreten, daß auch die Förderung des Hochschulsports bei der Neufassung des Programms angemessen berücksichtigt wird?
138. Abgeordneter
Weisskirchen
(Wiesloch)
(SPD) Welche Folgen hätte es für die Eltern und Schüler in der Bundesrepublik Deutschland, wenn es in der Frage der Anerkennung der Gesamtschulabschlüsse nicht zu einer Einigung kommen würde?
139. Abgeordneter
Weisskirchen
(Wiesloch)
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß durch eine bundesweite Anerkennungsvereinbarung der Tatsache Rechnung getragen werden muß, daß in einer Reihe von Ländern (Niedersachsen, Berlin, Hamburg, Bremen, Hessen und Nordrhein-Westfalen) die Gesamtschulen bereits einen Status erhalten haben, der demjenigen anderer weiterführender Schulen entspricht?
140. Abgeordnete
Frau
Weyel
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Erfolgsaussichten für eine Einigung in den Verhandlungen über eine Anerkennung der Gesamtschulabschlüsse, wie sie 1979 im Zusammenhang mit den Arbeiten an der Fortschreibung des Bildungsgesamtplans angekündigt worden waren?

Bonn, den 19. März 1982

